

Die «kurdische Initiative» – ein Scherbenhaufen

Trotz einigen positiven Veränderungen dominiert bei der Minderheit das Misstrauen gegenüber der Regierung Erdogan

Ein Jahr nach der Ausrufung der «kurdischen Initiative» sind Türken und Kurden frustriert. Und doch gibt es positive Veränderungen. Um den Prozess wiederzubeleben, sollte die Regierung aus der Defensive kommen und mehr Demokratie wagen.

Ekrem Eddy Güzeldere, Istanbul

Beşir Atalay ist ein besonnener Politiker, mit einem ganz andern Temperament als sein Chef Recep Tayyip Erdogan, der gerne einmal auf die Pauke haut oder über die diplomatischen Stränge schlägt. Atalay ist Innenminister der Türkei, und wenn er eine Initiative zur Lösung des drängendsten innenpolitischen Problems ankündigt, klingt das so: «Hoffentlich werden wir in der Türkei ein Modell schaffen, das bei der Lösung ein Beispiel für die Welt darstellen kann. An diesem Prozess sollte jeder teilnehmen.»

Hoffnungsvoller Beginn

Das war am 29. Juli 2009, die Ankündigung der sogenannten «kurdischen Initiative» (oder Öffnung). Was Atalay vorstellte, war kein konkretes Reformpaket mit einzelnen Schritten und einem Zeitplan, sondern eine Aufforderung zum Gespräch über das, was gemacht werden sollte, mit Parteien, Vereinen, Wirtschaftskammern, Gewerkschaften, Anwaltskammern, Journalisten und Akademikern. Und vor einem Jahr war die Reaktion von kurdischer Seite fast euphorisch. Noch am Tag der Ankündigung sagte der Präsident der Anwaltskammer von Diyarbakir, Emin Aktar: «Jeder, mit dem ich gesprochen habe, ist hoffnungsvoll. Die Leute sagen: «Endlich passiert etwas.»»

Diese hoffnungsvolle Stimmung wurde anfangs auch von der kurdischen DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) geteilt, als sich Atalay und der DTP-Vorsitzende Türk Mitte August trafen. Und eine Umfrage Ende August zeigte, dass in Diyarbakir, der heimlichen kurdischen Hauptstadt, fast 88 Prozent die Initiative unterstützten, landesweit 78 Prozent mit kurdischen Eltern und immerhin noch 46 Prozent der Gesamtbevölkerung. Parallel zu den Gesprächen wurde damit begonnen, konkrete Schritte umzusetzen. Im August erhielten einige kurdische Dörfer ihre ursprünglichen Namen zurück, die turkisiert worden waren, erstmals sah man in der Türkei zweisprachige Ortsschilder.

Im September erreichte die Initiative die Universitäten. Am 10. September entschied der Hochschulrat (YÖK), an der Universität Mardin im Südosten des Landes die Gründung eines Fachbereichs «lebendige Sprachen» zuzulassen, an dem neben Persisch, Arabisch und Aramäisch auch Kurdisch gelehrt würde. Das war nicht genau das, was der Direktor bei der Bewerbung formuliert hatte, nämlich explizit einen Fachbereich Kurdologie. Aber ausser dem Namen hat sich inhaltlich nichts geändert. Die Vorbereitungen für die ersten Studierenden laufen gerade, damit im September 2010 der erste Jahrgang aufgenommen werden kann.

Deshalb war bis Mitte Oktober die Stimmung positiv, zahlreiche intellektuelle und Nichtregierungsorganisationen unterschrieben Unterstützer-Petitionen, wie zum Beispiel 282 Künstler am 16. Oktober. Das war nur drei Tage vor dem Ereignis, das im Nachhinein als der Wendepunkt der Initiative gilt.

Problematische Rückkehr

Am 19. Oktober überquerten 36 Personen beim Übergang Habur die irakisch-türkische Grenze. Die sogenannte Friedensgruppe aus 8 Mitgliedern der verbotenen, terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und 28 Personen aus dem Flüchtlingslager Mahmur wurde von Staatsanwälten und Richtern an der Grenze verhört und dann bis zu



Kurdische Kämpfer, die im Oktober 2009 aus dem Nordirak nach Diyarbakir zurückgekehrt sind, winken auf dem Dach des Busses ihren Anhängern zu.

CEM OKSUZ / EPA

einem Prozess wieder auf freien Fuss gesetzt. Im Gerichtsverfahren muss geklärt werden, ob die Rückkehrer vom Artikel 221 des Strafgesetzbuches profitieren können, der Mitgliedern terroristischer Organisationen Straffreiheit gewährt, solange sie nicht direkt an Straftaten beteiligt waren und ihren freiwilligen Ausstieg aus der Terrororganisation bekanntgeben.

So weit, so gut. Das Problem für die Regierung war die Art und Weise der Rückkehr. Die 36 Personen wurden von Zehntausenden von feiernden Kurden von der Grenze bis nach Diyarbakir in einem Autokorso begleitet, der von der DTP organisiert war. Die 8 PKK-Mitglieder trugen Guerilla-Kleidung und machten auf Bussen stehend das Victory-Zeichen. Das sah so gar nicht nach der Rückkehr von Reuigen aus. Und die harsche Reaktion der Opposition liess nicht lange auf sich warten. «Terroristen sind Helden geworden», sagte Deniz Baykal von der grössten Oppositionspartei CHP.

Rechtliche Lockerungen

Die Rückkehr der PKK-Mitglieder und Flüchtlinge, ein zentraler Bestandteil der Initiative, die emotional sehr wichtig ist für die kurdische Bevölkerung, war nicht nur schlecht organisiert, sondern legte auch die mangelnde Vorbereitung der Regierungspartei AKP offen. Die Rückkehr hätte nicht der DTP überlassen werden dürfen, sondern die Regierung hätte Präsenz zeigen müssen. In Zusammenarbeit mit der DTP und lokalen Verwaltungen hätte dann eine bescheidenere Rückkehr organisiert werden sollen. Das war der erste Fehler. Der zweite war, dass es keinen Plan B gab, um mit scharfen Reaktionen und Widerstand umzugehen. Der Regierungschef Erdogan antwortete schlicht, dass man wieder zum Ausgangspunkt zurückgehe, weshalb weitere geplante Rückkehraktionen aus Europa und dem Nordirak bis heute ausgesetzt sind.

Das galt damals noch nicht für die gesamte Initiative. Gesetzliche Einschränkungen über den Gebrauch des Kurdischen wurden schrittweise aufgehoben. Im November 2009 wurde eine neue

Regelung für den Obersten Hörfunk- und Fernsehrat erlassen, der die zeitlichen Beschränkungen für privates Fernsehen und Radio in Kurdisch aufhob. Laut dieser Änderung erhielten im Februar 2010 14 Fernseh- und Radiostationen eine Lizenz für ein 24-Stunden-Programm in Kurdisch. Im April folgte dann eine Gesetzesänderung, die politische Veranstaltungen auch in Kurdisch gestattete, was sofort zur Einstellung Hunderter von Verfahren gegen kurdische Politiker führte. Ausserdem wurde es gestattet, in Gefängnissen kurdisch zu sprechen.

Dieser Prozess war begleitet von vermehrten kulturellen Aktivitäten in kurdischer Sprache. Schon im Oktober kam der Dokumentarfilm «Zwei Sprachen, ein Koffer» in die Kinos. Er handelt vom



/// Siedlungsgebiet der Kurden
400 Kilometer
NZZ-INFOGRAFIK/mfo

ersten Schuljahr eines Lehrers aus der Westtürkei in einem kurdischen Dorf. Der Film wurde vom Bildungsministerium unterstützt, kurdische Gespräche der Dorfbewohner und Kinder sind untertitelt. Ende Februar 2010 inszenierte der berühmte Istanbul Schauspieler und Regisseur Haldun Dormen ein Musical in Diyarbakir in kurdischer Sprache. Und im April kam der Spielfilm «Min Dît» (Ich habe gesehen) in die Kinos, der fast ausschliesslich auf Kurdisch ist und die Geschichte zweier junger Geschwister schildert, deren Eltern vom Geheimdienst der Gendarmerie erschossen wurden. Das sind Zeichen einer kulturellen Normalisierung.

Jedoch wurden diese kulturellen und rechtlichen Veränderungen von drei Entwicklungen konterkariert, welche die Zweifel auf kurdischer Seite an der

Glaubwürdigkeit der Regierungspartei und des Staates verstärkten. Erstens wurde die einzige kurdische Partei im Parlament, die DTP, am 11. Dezember vom Verfassungsgericht verboten. Die meisten DTP-Politiker und -Mitglieder sind zu der bereits 2008 als Ersatzpartei gegründeten BDP (Friedens- und Demokratie-Partei) übergetreten. Schwerer als dieser nicht überraschende Entscheid wiegen jedoch zwei Verhaftungswellen, zum einen gegen Politiker und Funktionäre der DTP/BDP, von denen seit dem 10. April 2009 fast 1500 wegen Mitgliedschaft in der KCK, einer Unterabteilung der PKK für städtische Aktivitäten, festgenommen wurden.

Gegen 151 Politiker, unter ihnen den Bürgermeister von Diyarbakir, wurde am 13. Juni eine Anklageschrift von 578 Seiten vorgelegt. Die zweite Verhaftungswelle betrifft über 4000 kurdische Kinder, die wegen Beteiligung an Demonstrationen – inklusive Steinerwerfen und Victory-Zeichen – ebenfalls wegen terroristischer Aktivitäten seit dem Jahre 2008 verhaftet wurden. Über 2700 von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Emotional aufgeheizt

Die «kurdische Initiative» war in Schwierigkeiten, aber alle, die glaubten, es könnte nicht mehr schlimmer kommen, wurden am 17. Juni eines Besseren belehrt. An diesem Tag wurden die letzten zehn noch in Freiheit befindlichen Habur-Rückkehrer verhaftet. Für viele Kommentatoren haben diese Festnahmen der Initiative das Genick gebrochen. Der bekannte liberale Professor und Kolumnist der Zeitung «Taraf» Murat Belge schrieb: «Mit der Verhaftung der PKK-Mitglieder wurde die [demokratische Öffnung] geschlossen.» Der Kolumnist von «Radikal» Calislar meinte: «Eine politische Lösung wird jeden Tag schwieriger.»

Am 19. Juni schien diese politische Lösung noch schwieriger zu werden. Um zwei Uhr in der Nacht griff die PKK einen Militärstützpunkt nahe der irakischen Grenze an und tötete 8 türkische Soldaten. Somit erhöhte sich die Zahl der getöteten Soldaten von März bis Juli auf fast 50, wobei laut Armeeangaben

über 150 PKK-Mitglieder getötet wurden. Es folgten grenzüberschreitende Militärfaktionen, Bombardierungen von PKK-Stellungen und wütende Reaktionen der Opposition. Devlet Bahçeli, Vorsitzender der ultranationalistischen MHP, forderte die Wiedereinführung des Ausnahmezustands, der 2002 endgültig aufgehoben worden war, sowie weit reichende Militäroperationen, mit andern Worten: eine Rückkehr in die 1990er Jahre.

Damals wurden etwa 3000 Dörfer geräumt, über eine Million Menschen flohen. Nach Zahlen des türkischen Parlaments wurden 17 000 Zivilisten ermordet und der Willkür der Sicherheitskräfte Tür und Tor für massive Menschenrechtsverletzungen geöffnet. Aber in dieser emotional aufgeladenen Atmosphäre finden die absurden Vorschläge Bahçelis viele Anhänger unter nationalistischen Türken.

Doch es gibt auch noch besonnene Stimmen. Der Vorsitzende der Handelskammer von Diyarbakir, Galip Ensarioglu, antwortete auf die Hysterie: «Wenn diese Initiative gestoppt werden sollte, wenn Konflikte zunehmen und die Zahl der Getöteten steigt, dann hätte sie besser erst gar nicht gestartet werden sollen. Ich teile die Meinung nicht, dass die Öffnung vorbei sei. Die Türkei kann nicht mehr von dem Punkt zurückweichen, den sie erreicht hat.»

Mehr Mut

Und das wird sie auch nicht. Zwar kann man im Vorwahlkampf – in einem Jahr finden Parlamentswahlen statt – kaum mit mutigen Schritten rechnen, aber um die Initiative nach den Wahlen nicht nur wieder zu beleben, sondern sie auch auszuweiten, sollte die Regierung ihre zögerliche Haltung bei den heikelsten Themen aufgeben und Verfassungsänderungen anpacken, die muttersprachlichen Unterricht erlauben, die ethnische Definition des Staatsbürgers durch eine neutrale ersetzen, und eine Dezentralisierung beginnen, die lokalen Verwaltungen mehr Zuständigkeiten und direkte Einnahmen zugesteht.

Ekrem Eddy Güzeldere ist Analyst bei der «Europäischen Stabilitätsinitiative» (ESI) in Istanbul.